

Neonazis und Schlapphüte

Dienstag, 20. Oktober 2015
im Maurerhansl in Dießen

mit **Fritz Burschel**
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Moderation **Thies Marsen**,
Journalist

Über Jahrzehnte haben Politiker und Behörden bestritten, dass es rechten Terror in Deutschland gibt, dabei haben Neonazis seit Ende des Zweiten Weltkrieges einige hundert Menschen ermordet und das Oktoberfestattentat von 1980 ist bis heute unaufgeklärt. Die Strategie des Leugnens brach erst zusammen, als sich die Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) im November 2011 selbst enttarnte.

Zu einer Veranstaltung über Neonaziterror und die Rolle des Verfassungsschutzes lädt die „Mittwochsdisco“ ein. Dabei wird es um die Kriminalgeschichte der bundesdeutschen Geheimdienste, um die Verstrickung staatlicher Akteure in rechtsterroristische Verbrechen und ihre Ursachen gehen.

Dazu spricht Fritz Burschel, Referent für Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Der Abend wird moderiert von Thies Marsen, Journalist aus Dießen. Burschel und Marsen sind Beobachter beim NSU-Prozess in München.

Die Veranstaltung findet am Dienstag, 20. Oktober, um 20 Uhr im Maurerhansl in Dießen statt.

Die „**Mittwochsdisco**“ ist eine Gruppe von Menschen, die sich seit zwei Jahren regelmäßig in Dießen trifft. Wir diskutieren gemeinsam aus gesellschaftskritischer Perspektive über aktuelle Vorgänge. Wir sind unter der E-Mail-Adresse mittwochsdisco@gmx.de erreichbar.

Die lückenlose Aufklärung, die Angela Merkel den Hinterbliebenen versprochen hat, findet vermutlich nicht statt, weder im NSU-Prozess in München noch in Untersuchungsausschüssen. Die Grünen in Baden-Württemberg und Hessen, wo sie an Regierungen beteiligt sind, hatten es nicht eilig, überhaupt solche Ausschüsse einzurichten. Die Erklärung der Kanzlerin war Augenwischerei, Aufklärung zu erwarten, wäre eine Illusion.

Wir glauben zwar einerseits nicht, dass der Staat faschistische Gruppen planmäßig fördert, als eine Art Todesschwadron gegen eine linke Opposition, zumal eine solche hierzulande marginal ist. Die Verantwortlichen sind aber andererseits nicht auf dem rechten Auge blind, es geht sicher um mehr als um Pleiten, Pech und Pannen.

Erstens ist es Aufgabe aller Geheimdienste dieser Welt, die Bürger ihres eigenen Staates und das Ausland auszuspionieren und zu manipulieren. So war die Bundesrepublik schon während des Kalten Krieges ein effizienter Überwachungsstaat, nach dem Urteil des Historikers Josef Föschepoth über das Wirken der Geheimdienste. So sprengte der niedersächsische Verfassungsschutz bei der Aktion Feuerzauber 1978 ein Loch in die Mauer der Justizvollzugsanstalt Celle und schob die Tat der RAF in die Schuhe.

Dass Parlamente nicht die Geheimdienste kontrollieren, zeigt ein Statement von Klaus Dieter Fritsche. Der frühere Vize-Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz erklärte 2012 dem Untersuchungsausschuss des Bundestages zum NSU-Komplex: Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren. Er rechtfertigte damit, warum seit der Selbstenttarnung des NSU über 300 Aktenordner unrechtmäßig vernichtet worden waren, in denen es um die Naziterroristen ging. Fritsche ist heute Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt.

Zweitens haben Mitarbeiter des Verfassungsschutzes immer wieder Nazigruppen mit Steuergeldern aufgebaut. Das lässt sich bis zur Gründung der NPD 1964 zurückverfolgen. Der V-Mann Kai Dalek baute in den 1990er-Jahren die Nazi-Szene in Nordbayern mit auf, steuerte terroristische Kampagnen gegen Antifaschisten und war die zentrale Figur im Computernetzwerk Thule-Netz.

Beim Aufbau von Geheimdiensten und Polizei in den 1950er-Jahren wurden zahlreiche Mitarbeiter eingestellt, die ihr Handwerk bei Gestapo und SS gelernt hatten. Vom NS-Regime übernahm die Bundesrepublik einen rabiatierten Antikommunismus. Das zeigt sich bis heute darin, dass die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gemäß der Extremismuskonzeption als verfassungsfeindlich gilt und Antifaschisten kriminalisiert werden. In München ermittelt Polizei und Staatsanwalt derzeit gegen etwa 30 Menschen, die gegen Pegida-Aufmärsche demonstriert haben.

Hingegen schritt die Polizei nicht ein, als im sächsischen Heidenau ein Mob aus Bürgern und Nazis im August zwei Tage lang wegen eines Flüchtlingsheims randalierten. Aus solchen Aktionen gehen die Rechtsterroristen von morgen hervor, so wie die NSU-Täter bei den Kampagnen und Pogromen gegen Asylbewerber in den frühen 1990er-Jahren Blut leckten.